



A7

Antrag

Initiator*innen: Citou Müller (GRAS Bochum)

Titel: Gegen Gazaoffensive und Kriegsverbrechen!

Antragstext

1114 Die Campusgrün Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:

1115

1116 "Die Delegiertenversammlung von Campusgrün benennt die Kriegsverbrechen
1117 von Israel und den möglichen Völkermordsbestand von Israel an den
1118 Palästinenser*innen als solche.

1119

1120 Ungeachtet der Rechte des Staates Israels beobachten wir, dass Israel
1121 sich nicht im Einklang mit dem Völkerrecht verhält. Palästinenser*innen
1122 werden aus ihrer Heimat vertrieben, der Zugang zu Hilfsgütern wird der
1123 Bevölkerung verwehrt, und grundlegende Infrastruktur wurde und wird
1124 weiterhin zerstört.

1125

1126

1127

1128

1129

1130 Wir als Campusgrün sind Teil einer starken Zivilgesellschaft welche sich
1131 eindeutig für Frieden einsetzt und sagen unmissverständlich "Nein" zu Krieg,
1132 Terror,

1133 Annexion und Vertreibung. Stattdessen sagen wir "Ja" zu Solidarität mit
1134 den Palästinenser*innen, und den Israelis, die sich für Menschenrechte
1135 und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Wir fordern einen Waffenstillstand
1136 und einen Waffenlieferungsstopp an Staaten, die Kriegsverbrechen
1137 begehen, sowie den ungehinderten Zugang zu humanitärer
1138 Hilfslieferungen."

Begründung

"Wir engagieren uns für Projekte im Bereich internationaler gemeinsamer Praxis, der Friedens- und Anti-Kriegsarbeit, der (Post)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität mit unterdrückten, verfolgten und ausgebeuteten Menschen."

So steht es in unserem Grundsatzprogramm, und das Ziel dieses Antrags ist es, einen gemeinsamen Nenner für die Situation Palästinas zu finden. Das Thema führt generell zu Unsicherheiten darüber, was gesagt werden kann, soll, und was zu Spaltungen führt. Trotzdem dürfen wir uns schwierigen Fragen nicht verweigern, sondern müssen uns stets zum Erhalt von Menschenrecht bekennen. Dieser Antrag bezieht sich rein auf jene Sachlage, die vom internationalen Gerichtshof anerkannt wurde. Auch die genannten Forderungen orientieren sich an den Empfehlungen des internationalen Gerichtshofs. Dieser Antrag soll also eine gemeinsame Basis bieten, auf derer man sich politisch einbringen kann ohne befürchten zu müssen, etwas falsches zu sagen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.